

Oberst a.D. Maximilian Eder, Dipl.-Päd. (Univ.)
– Kurz-Vita –

Der an der Bundeswehr-Universität in München diplomierte Pädagoge Maximilian Eder wurde am 30.09.2016 (1) als Oberst im Generalstabsdienst der Bundeswehr nach gut 38 Dienstjahren, davon über 9 Jahre im Einsatz für die NATO, auf eigenen Wunsch pensioniert.

Er trat als Wehrpflichtiger 1978 in die Bundeswehr ein. Nach der Entscheidung zum Zeit-, sodann Berufssoldaten durchlief er die Offiziersausbildung und war in verschiedenen Führungsebenen in der Truppe (Gebirgsjäger, Panzergrenadiere und Fallschirmjäger) u.a. als Zugführer und Kompaniechef eingesetzt. 1996 hat er das Kommando Spezialkräfte (KSK) mit aufgebaut. Im Juni 1998 hat er mit dieser Truppe maßgeblich an der Ergreifung des ersten Kriegsverbrechers und dessen Verbringung zur Aburteilung beim Internationalen Gerichtshof nach Den Haag beigetragen.

Als Bataillonskommandeur ist er mit seinem durch 2 Kompanien mit Kampfpanzer Leopard II und andere Truppenteile Verstärkten Mechanisierten Regener Panzergrenadier-Bataillon 112 im Juni 1999 im Auftrag unseres Parlaments in den Kosovo einmarschiert, um dort für das Ende des Krieges sowie der Gräueltaten und Kriegsverbrechen zu sorgen. Dies war der erste Kriegseinsatz der Bundesrepublik Deutschland nach dem WK II. Die dort erbrachten Leistungen für das Herstellen von Frieden und Stabilität sowie zum Wiederaufbau eines Staates, der jetzt fester Bestandteil der Europäischen Union ist, und die dort vorgelebten Werte hat er mit den ihm anvertrauten Frauen und Männern in dem Buch „Dienen für den Frieden im Kosovo“ dokumentiert.

Nach Verwendungen im Bundesministerium der Verteidigung und im NATO-Hauptquartier in Brüssel war er zuletzt in Georgien im Kaukasus als erster Militärberater im NATO-Verbindungsbüro in Tiflis eingesetzt und hat dieses Land der NATO Response Force zugeführt, damit der Zugehörigkeit zur westlichen Allianz nähergebracht.

Und nach der Pensionierung hat er sich in 2017/18 noch für die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) als Chef des Sicherheitsbüros (RMO) in Kabul verpflichten lassen, um die Sicherheit von Projekthelfern des Entwicklungshilfe-Ministeriums bei der Ausübung deren Tätigkeit in Kabul und Nord-Afghanistan zu gewährleisten.

Der Einsatz im Kosovo war aus seiner Sicht sinnvoll für das Gewährleisten der Sicherheit in Europa, zwar ohne UN-Mandat, doch vor allem auch aus humanitären Gründen geboten.

Der Einsatz in Afghanistan mit der völlig hirnlosen, doch von der Politik widerstandslos hingenommenen Begründung der Notwendigkeit zur Verteidigung Deutschlands am Hindukusch (Struck) war zwar völkerrechtlich gedeckt durch ein UN- und NATO-Mandat, doch seines Erachtens völlig sinnlos. Dieses Unterfangen hat über 20 Jahre hinweg nicht nur zahlreiche Menschenleben, auch das von 59 deutschen Soldaten, und das Geld der Steuerzahler gekostet, es ist am Ende bis hin zu einer ebenso überstürzten wie planlosen Flucht schlichtweg eine politische Bankrotterklärung und ein Offenbarungseid des Westens, der dort über 20 Jahre hinweg ohne Verständnis für Historie und Kultur dieses Landes und ohne vorherige Definition eines „end state“, ohne jegliche vernünftige Strategie bzw. mit ´zig Strategiewechseln, ohne jegliches Konzept von Bundeswehr und NATO die Truppen einer Allianz von 50 Staaten mit Hundertausenden von Mann ohne Sinn und Verstand eingesetzt hat, um am Ende nunmehr gezwungen zu sein, mit denjenigen Terroristen in einer Taliban-Regierung verhandeln zu müssen, die man als Kriegsgrund vorgeblich gejagt hat.

In Ahrweiler hat er unmittelbar nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 auf Bitten und mit enormer Unterstützung führender Leute der europäischen Friedens- und Freiheitsbewegung binnen weniger Tage eine voll funktionierende und behördenunabhängige Hilfsaktion mit

privaten Helfern ins Leben gerufen, die zahlreichen notleidenden Menschen effizient vor Ort helfen konnte.

Er stellt an die seiner Meinung nach auf vielen Feldern verantwortungslos und unfähig agierenden politischen Entscheidungsträger die Frage: „Cui bono?“ – Wem nützt das, wer profitiert davon – zuallererst der Politiker selbst? Und er macht sich Sorgen um eine konzeptlos lavierende Regierung, die ihr Versagen im Ahrtal regional bei der jüngsten Flutkatastrophe genauso wie international in Afghanistan wie nunmehr bei der angeblichen Corona-Pandemie national, europäisch und global seit über 18 Monaten zum Schaden des deutschen Volkes, unserer Mitbürger, insbesondere unserer Kinder und Älteren, schonungslos offenbart.

Daher der Aufruf an alle aufrechten und aufgewachten Bayern, das Volksbegehren „LANDTAG ABBERUFEN!“ zu unterstützen und sein unverändertes Bestreben – zusammen mit vielen Mitstreitern –, auf Basis aller legal gegebenen Möglichkeiten im Rahmen des Grundgesetzes und auf dem Boden der Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung die Regierungspolitik in Deutschland so zu verändern, dass diese nicht weiterhin die Gesellschaft spaltet, sondern dem Gemeinwohl aller Bürger auf Basis der unveräußerlichen Grund- und Freiheitsrechte dient – so, wie es der geleistete Amts- bzw. Diensteid von jedem politischen Entscheidungsträger und jedem Staatsbürger in und ohne Uniform verlangt.